PORTAS CAPITAL

Newsletter Juli 2014



Die Neuordnung des Nahen und des Mittleren Ostens?

Prof. Dr. Albert A. Stahel

Als vor drei Jahren der Diktator Ali aus Tunesien verjagt wurde, blickte die westliche Welt bewundernd auf die arabischen Staaten und kreierte insbesondere unter dem Einfluss der Medien den Begriff arabischer Frühling. Der arabische Frühling, so die Überzeugung in Europa und in den USA, würde zu einer Demokratisierung in der arabischen Welt führen. In der Zwischenzeit sind in Anbetracht der Ereignisse – Bürgerkriege in Syrien, im Irak und in Jemen, Machtübernahme durch die Militärs in Ägypten – diese Hoffnungen verflogen und anstelle von Frühling ist heute der Begriff Winter eher zutreffend.

Gescheiterte Staaten in der arabischen Welt

Bedingt durch die tobenden Bürgerkriege existiert in Syrien, im Irak und in Jemen keine zentrale Ordnung mehr und der Begriff «Gescheiterter Staat» trifft für diese drei Staaten vollumfänglich zu.

In Syrien kontrolliert das Regime von al-Assad nur noch einen schmalen Streifen des Staates, der sich von Damaskus bis beinahe Aleppo hinzieht und das Siedlungsgebiet der Alawiten, der Christen und der Drusen abdeckt. In Damaskus wird Assad zusätzlich durch die reiche Schicht der sunnitischen Bazaris unterstützt. Der Norden Syriens steht unter der Kontrolle der Kurden und der Osten wird mit der Stadt Raqqa als Zentrum durch die islamische Organisation ISIS (Islamischer Staat in Syrien und der Levante) beherrscht. In Aleppo, dem Zentrum des Nordens Syrien, kämpft das Regime gegen andere islamistische Gruppen wie al-Nusrah, die mit al-Kaida affiliiert sind. Die sogenannte gemässigte Opposition, die Free Syrian Army, ist trotz der Unterstützung durch westliche Staaten beinahe zur Bedeutungslosigkeit verkommen.

Im Irak ist die Armee durch die Offensive von ISIS überrollt worden. ISIS kontrolliert heute beinahe das gesamte sunnitische Gebiet des Iraks und hat dieses Gebiet mit dem eroberten Teil in Syrien zu einem islamischen Emirat vereinigt. Fernziel von ISIS ist die Gründung eines Kalifats. Dazu müsste ISIS allerdings Bagdad, die alte Hauptstadt der Kalifen aus dem Hause der Abbassiden erobern, was allerdings in Anbetracht der schiitischen Mehrheit in der Stadt beinahe unmöglich sein dürfte. Im Nordosten haben die Kurden Kirkuk erobert und im Prinzip ihr autonomes Staatsgebiet zu einem unabhängigen Staat deklariert. Dem schiitischen Regime von Ministerpräsident Nouri al-Maliki ist noch der schiitische Teil des Iraks

mit den Erdölvorkommen im Süden verblieben. Während al-Maliki durch den Iran mit Waffen, Beratern und Einheiten der iranischen Pasdaran unterstützt wird, gilt die Hilfe Saudi-Arabiens der ISIS. Die Islamische Republik Iran beansprucht die Vormachtstellung im Persischen Golf. Saudi-Arabien will dies mit allen Mitteln verhindern. Deshalb muss der Krieg im Irak als Stellvertreterkrieg zwischen den beiden Staaten bezeichnet werden. Ob die bescheidene Militärhilfe von US-Präsident Obama zur Vertreibung von ISIS und damit zu einer Änderung der Lage im Irak führen wird, muss bezweifelt werden. Der Irak ist zerfallen.

In Jemen kämpft das durch die USA unterstützte Regime gegen drei Gruppierungen, den Südjemen, der wieder unabhängig werden möchte, den schiitischen Norden, der im Gegensatz zum sunnitischen Regime steht und al-Kaida, die heute weite Gebiete des Hadramauts und damit des Ostens Jemens kontrolliert. Der Jemen ist aufgrund dieser Konflikte in vier Teilen zerfallen.

Neben diesen drei Staaten muss auch Libyen als zerfallen und gescheitert bezeichnet werden. Mit brutaler Repression war es Gaddafi gelungen die arabischen Stämme, die Berber, Tuaregs und Toubou im gemeinsamen Staat Libyen zusammenzuhalten. Nach der Liquidierung von Gaddafi sind die Gegensätze zwischen den Ethnien und Stämmen aufgebrochen und von einer Einheit ist nicht mehr die Rede. Dazu kommt noch der Einfluss von al-Kaida in Bengasi. Auch unter dem Einfluss von al-Kaida hat sich der Osten vom Tripolis abgespalten.

Aber auch der Ursprung des sogenannten arabischen Frühlings, Tunesien, gilt nach wie vor als unsicher und wird durch Unruhen, insbesondere in der Hauptstadt Tunis, beherrscht.

Arabische Monarchien: Garanten für Stabilität?

Angesichts der gescheiterten Staaten erscheinen die arabischen Monarchien beinahe als Hort der Sicherheit und Ruhe. Diese Beurteilung trifft allerdings nur bedingt zu.

Mohammed VI. von Marokko führt seine Dynastie auf den Propheten zurück und belegt damit die Legimitation seiner Herrschaft. Gleichzeitig ist er aber mit Forderungen eines Teils der Bevölkerung nach Demokratie und sozialer Gerechtigkeit konfrontiert. Gleichzeitig erheben die Berber als Ureinwohner des Landes den Anspruch auf Gleichstellung mit der arabischen Mehrheit. Allzulange wurden die Berber durch die Araber unterdrückt. Denkbar ist, dass in der Zukunft der Gegensatz zwischen Araber und Berber die Stabilität des Landes in Frage stellen könnte. Nicht von ungefähr haben in Marrakesch, das durch Berber besiedelt ist, auch schon Anschläge stattgefunden.

Auch Abdullah II. bin Hussein von Jordanien führt seine Dynastie auf den Propheten zurück. Sein Ur-Urgrossvater Husain regierte als Grossscherif über Mekka und wurde ab 1916 bei der Vertreibung der osmanischen Herrschaft durch die Briten unterstützt. 1924 wurde er als König der Hedschas durch die Saudis gestürzt. Quasi als Kompensation erhielt sein Sohn Abdullah, der Urgrossvater des heutigen Königs, von den Briten Transjordanien als Herrschaft. 1949 wurde dieses Gebiet zum Königreich Jordanien. Auch dieser König ist mit sozialen und politischen Konflikten konfrontiert. Dazu gehört der Gegensatz zwischen den Palästinensern, die aus Palästina nach Jordanien eingewandert sind und heute die wirtschaftliche Elite des Landes bilden, und den Beduinen, die die ursprüngliche Bevölkerung Jordaniens sind. Des Weiteren muss beachtet werden, dass der durch

die Amerikaner getötete Anführer von al-Kaida im Irak, al-Zarkawi, ein Jordanier war. Der Einfluss von Al-Kaida unter der jordanischen Bevölkerung darf deshalb nicht unterschätzt werden. Auch ist zu beachten, dass die Kriege in Irak und Syrien eines Tages auch auf Jordanien übergreife könnten.

Saudi-Arabien wird immer noch durch die Söhne des Staatsgründers König Abdelaziz bin Sa'ud beherrscht. Der heutige König, Abdullah bin Abdelaziz al Sa'ud ist der 15. Sohn des Staatsgründers und 1924 geboren. Sein Nachfolger ist Kronprinz Salman. Innenpolitisch ist das Königreich mit einer hohen Jugend-Arbeitslosigkeit sowie mit dem Konflikt zur schiitischen Minderheit konfrontiert. Die Schiiten werden durch die konservativen Wahhabiten als Ketzer und Ungläubige bezeichnet. Das Siedlungsgebiet der Schiiten sind aber ausgerechnet die erdölreichen Gebiete am Persischen Golf. Aussenpolitisch steht das Königreich im ewigen Konflikt mit dem Iran, der wiederum die Schutzmachtfunktion aller Schiiten in der islamischen Welt beansprucht. Gleichzeitig muss Saudi-Arabien mit der schrittweisen Annäherung der Vormacht USA zum Iran und damit mit dem Verlust deren Schutzfunktion rechnen.

Die vier Emirate und Sultanate Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Oman und Kuwait gelten innenpolitisch als stabil und gesichert. Dazu dient auch deren Aussenpolitik. Beispielsweise betreibt der Emir Tamim bin Hamad al Thani von Katar eine kluge Schaukelpolitik zwischen seiner Unterstützung für die Moslembrüder der Hamas, in Syrien und in Ägypten und seiner Loyalität gegenüber den USA. Der Sultan von Oman, Qabus bin Said, unterstützt mit seiner Kontrolle der Strasse von Hormoz direkt die Interessen der Seemacht USA. Gleichzeitig vermittelt er aufgrund seiner religiösen und politischen Beziehungen zum Iran zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Diplomatie zwischen der Islamischen Republik und den USA. Diese vier Monarchien werden erst gefährdet sein, wenn die grosse Anlehnungsmacht Saudi-Arabien innenpolitisch destabilisiert oder/und der Konflikt zwischen den Saudis und den Iranern eskalieren würde.

Hat die Militärdiktatur Algeriens eine Zukunft?

Algerien steht unter dem eisernen Korsett der Nationalen Befreiungsfront (FLN) und der Armee. Dabei spielen die 130'000 Mann der Armee, die bisher vor allem mit russischen Waffen ausgerüstet waren, die Hauptrolle. Forderungen der Minderheit der Berber in der Kabylei oder der Tuareg der Sahara werden im Keime erstickt. Gleiches galt bisher auch für die bewaffneten Aktionen von Salafisten. Nach aussen bietet Algerien mehr oder weniger das Bild einer ruhigen Oase. Dabei könnte es sich um eine instabile Friedhofsruhe handeln. Es existieren mehrere Hinweise für eine Instabilität. Dazu gehört einmal die Tatsache, dass der 77-jährige Präsident Abdelasis Bouteflika krank und kein Nachfolger in Sicht ist. Des Weiteren gilt der Süden des Landes, der an Mauretanien, Mali und den Niger angrenzt, als sehr unsicher. Al-Kaida im islamischen Maghreb hat sich dort festgesetzt und geniesst unter den Tuaregs, die schon seit dem Ende der Kolonialzeit einen unabhängigen Staat fordern, viele Sympathien. Dazu kommt, dass sich das Hauptquartier dieser Richtung von al-Kaida in der Kabylei befindet.

Wegen den Forderungen der Berber und Tuareg nach Unabhängigkeit und der Anschläge von al-Kaida ist die Stabilität von Algerien trotz der Militärdiktatur langfristig mit einem Fragezeichen zu versehen.

Kollabierende Staaten?

Das Intermezzo der Herrschaft der Muslimbrüder unter Präsident Mursi ist durch einen Staatsstreich der ägyptischen Armee unter der Führung von Feldmarschall Abd al-Fattah al-Sisi beendet worden. Die inneren Auseinandersetzungen vor und während der Präsidentschaft von Mursi haben der Volkswirtschaft Ägyptens enorm geschadet. So haben die Devisenreserven der Zentralbank um 2/3 abgenommen. Der Tourismus – neben der Einnahmen aus den Gebühren des Suezkanals – die wichtigste Stütze der Volkswirtschaft, ist zusammengebrochen. Der sechzigjährige Marschall al-Sisi ist am 29. Mai 2014 zum Präsidenten gewählt worden. Mit allen Mitteln wird er die Wirtschaft durch die Ankurbelung des Tourismus sanieren müssen. Gleichzeitig wird er die Ausgaben des Staates, der total bankrott ist, reduzieren und die Steuern anheben müssen. Zur Vermeidung von sozialen Unruhen darf er allerdings die Subventionen für Gas, Diesel, Elektrizität, usw. nicht zu stark kürzen. Kürzungen in diesem Bereich könnten sehr schnell zu Aufständen der Unterschichten, die ihn auch gewählt haben, führen. Al-Sisi wird zur Vermeidung einer Destabilisierung im Innern eine echte Schaukelpolitik betreiben müssen. Nach aussen wird er mit allen Mitteln den Friedensvertrag mit Israel aufrechterhalten und die Beziehungen zwischen Ägypten und dem Gazastreifen weiter kappen. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen ist die Zukunft Ägyptens mit seinen über 80 Millionen Menschen noch nicht gesichert.

Der Libanon gilt trotz der Bemühungen der USA um ein Zusammenwirken zwischen den Konfessionen und Parteien als instabil. Echte Kommunikationen zwischen Christen und Sunniten, zwischen Schiiten und Sunniten, zwischen Drusen und Sunniten, usw., existieren nicht. Bereits heute wird der Kleinstaat als Folge des Krieges in Syrien durch Anschläge erschüttert. Sollte Syrien definitiv zerfallen, dann wird auch der Libanon in einen schiitisch-christlichen und einen sunnitischen Teil zerfallen.

Was das Königreich Bahrein betrifft, so wird diese Insel immer noch durch den Gegensatz zwischen der sunnitischen Herrscherfamilie und der schiitischen Bevölkerung, die die Mehrheit des Landes darstellt, erschüttert. Als Folge der Besetzung durch Streitkräfte Saudi-Arabiens und der Arabischen Emirate hat Bahrein seine Unabhängigkeit verloren und wird heute wie eine Provinz Saudi-Arabiens verwaltet. Die USA sind wegen ihren See- und Luft-Stützpunkten auf stabile Verhältnisse in Bahrein angewiesen und dürften den Einmarsch begrüsst haben. Der Iran dürfte diese Situation für sich ausnützen und mit Agitatoren unter der schiitischen Bevölkerung wirken.

Einflussnahme der nichtarabischen Grossmächte auf die arabische Welt

Auf die Einflussnahme der nichtarabischen Grossmacht Iran ist schon mehrfach hingewiesen worden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt versucht der Iran das Regime von al-Maliki und damit die weitere Entwicklung des Krieges im Irak entsprechend seinen geopolitischen Zielen zu beeinflussen. In Ergänzungen zum irakischen Kriegstheater unterstützt der Iran seinen Alliierten al-Assad in Syrien durch Waffenlieferungen und mit militärischen Beratern direkt. Zusätzlich leistet die schiitische Hisbollah aus dem Libanon auf Anweisung ihrer iranischen Schutzmacht dem syrischen Regime militärische Hilfe.

Die moderne Türkei von Ministerpräsident Erdogan versucht den geopolitischen Machtbereich des 1924 untergangenen osmanischen Reichs wieder zu reaktivieren. Dazu dienen insbesondere die Aktivitäten der Türkei zum Sturz des syrischen Regimes von al-Assad und die Unterstützung der Free Syrian Army. Gleichzeitig fördert die Türkei die Unabhängigkeitsziele der irakischen Kurden. Dabei geht es der Türkei um die Befriedigung der eigenen Kurden und der Lieferungen von Erdöl aus dem Gebiet der irakischen Kurden.

Die gleichen Ziele um geopolitische Einflussnahme im Nahen und Mittleren Osten haben in früheren Jahrhunderten auch die persischen Schahs und die osmanischen Sultane verfolgt. Die Rivalität zwischen Perser und Türken dauert deshalb immer noch an.

Great Game zwischen Russland und den USA

Neben den Regionalmächte Iran und Türkei ringen auch Russland und die USA im Sinne eines Great Game um die Einflussnahme auf die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. So unterstützt Russland bisher das Regime von al-Assad im syrischen Bürgerkrieg. Auch die islamische Republik Iran geniesst die Unterstützung Russlands, das bis anhin einige Vorstösse westlicher Mächte im UN-Sicherheitsrat, die gegen den Iran gerichtet waren, blockiert hat. Früher stand Russland zusammen mit China auch auf der Seite des libyschen Diktators Gaddafi. Seit dessen Hinrichtung hat Russland seinen Einfluss auf Libyen verloren. Dafür versucht der russische Präsident Putin durch Angebote von Waffenlieferungen den amerikanischen Einfluss auf Ägypten zurückzudämmen.

Die USA wiederum versuchen durch die Unterstützung der Syrian Free Army nicht nur al-Assad zu stürzen, sondern auch Russland aus Syrien hinauszumanövrieren. Wegen den Ambitionen von Russland um einen verstärkten Einfluss auf die geopolitisch wichtige Region des Nahen und Mittleren Ostens müssen die USA auch im Bürgerkrieg im Irak sehr vorsichtig agieren. Jede falsche Handlung könnte wichtige sunnitische Staaten wie Saudi-Arabien ins russische Lager treiben.

Jede der Mächte versucht die Schwächen des Gegners auf diesem wichtigen geopolitischen Schachbrett für sich auszunützen.

Auswirkungen auf Europa

Europa ist sehr direkt den Auswirkungen der neuen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten ausgesetzt. Dazu gehört einmal die Kapitalflucht aus einzelnen arabischen Staaten. Diese Kapitalflucht könnte auch zu einem intensiven Geldwaschen führen, könnte doch diese Kapitelflucht auch dem Entzug des Zugriffs durch die neuen Machthaber in einzelnen arabischen Staaten dienen.

Die entscheidende Auswirkung der neuen Entwicklungen ist aber die Folge des Zerfalls der arabischen Staaten, die bisher für Europa als Limes gegen die Völkerwanderung aus Afrika und Asien gewirkt haben. Ein Beispiel für diesen Stellenwert ist Libyen. Gaddafi hielt nach Absprache u.a. mit Italien die Völkerwanderung aus Afrika auf. Nach dem Zerfall von Libyen ist dies nicht mehr der Fall. Die Völkerwanderung strömt nun ungebremst über das Mittelmeer nach Europa. An dieser Völkerwanderung verdienen auch die Banden der Organisierten Kriminalität, die gut vernetzt sind.

Eine weitere Gefahr droht Europa durch junge Menschen, deren Eltern aus dem arabischen Raum eingewandert sind, oder die zum Islam konvertiert sind, und die nun durch Organisationen wie ISIS für den Jihad in Syrien und im Irak angeworben werden. Diese Jihadisten könnten nach ihrer Rückkehr von einem kampferprobten Einsatz für allfällige Anschläge in Europa durch al-Kaida aktiviert werden.

Fazit

Die beschriebenen Entwicklungen im Nahen und im Mittleren Osten könnten zu einer Neuordnung des gesamten Raumes der arabischen Welt führen. Bereits heute wird durch die Kriegführung von ISIS die Grenzziehung zwischen dem Irak und Syrien aufgehoben. Sollte das Zusammenfügen beider durch ISIS kontrollierten Gebiete Bestand haben, dann könnten dadurch die Grenzen, die im Sykes-Picot-Abkommen zwischen Grossbritannien und Frankreich vom 16. Mai 1916 festgelegt wurden, in Frage gestellt sein. Zwangsläufig würde dies zu einer Neuordnung der Staaten der arabischen Welt führen. Eine solche Neuordnung hätte direkte politische und wirtschaftliche Folgen auf Europa.



Prof. Dr. Albert A. Stahel, ehemals Dozent für Strategische Studien an der Militärakademie der ETH Zürich, verstärkt das Team von Portas Capital.
Portas Capital AG, Vermögensverwalter und Berater in Fragen der Anlagestrategie, Portfolio Konstruktion und Produkte Selektion baut im Hinblick einer weiteren Expansion sein Beraterteam weiter aus.
Prof. Dr. Albert A. Stahel wird die Portas Capital AG und ihre Kunden beraten.

Er ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Von 1980 bis 2006 war er hauptamtlicher Dozent für Strategische Studien an der Militärakademie der ETH Zürich. Ab Wintersemester 1986 bis heute ist Albert A. Stahel Titularprofessor der Universität Zürich für das gleiche Lehr- und Forschungsgebiet. Seine Forschungsergebnisse wurden in über 400 Beiträgen in internationalen und nationalen Fachzeitschriften publiziert, ausserdem auch in Büchern und Buchbeiträgen. Seit Oktober 2006 ist er Leiter des Instituts für Strategische Studien in Wädenswil. Albert A. Stahel veröffentlichte Publikationen zu aktuellen Themen wie Geopolitik und Geostrategie und unternahm Studienreisen nach China, in die USA, nach Zentralasien, Afghanistan, Russland und in die arabische Welt. In der Schweizer Armee ist Prof. Dr. Albert A. Stahel Oberstleutnant a.D. der Fliegertruppen.

Disclaimer
Die Informationen und Meinungen in diesem Bericht wurden von Portas Capital am angegebenen Datum erstellt und können sich ohne vorherige Mitteilung ändern. Der Bericht wurde einzig zu Informationszwecken publiziert sowie an eine ausgewählte Anzahl natürlichen und juristischen Personen unter Vertraulichkeit versandt. Der Bericht wurde ohne Berücksichtigung der Zielsetzungen, der finanziellen Situation oder der Bedürfnisse eines bestimmten Kunden erstellt. Die Informationen stammen aus oder basieren auf Quellen, die der Portas Capital als zuverlässig erachtet. Dennoch kann keine Gewähr für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Informationen geleistet werden. Die Portas Capital lehnt jede Haftung für Verluste aus der Verwendung dieses Berichts ab. Der Bericht enthält keinerlei Empfehlungen rechtlicher Natur oder hinsichtlich Investitionen, Rechnungslegung oder Steuern. Verweise auf frühere Entwicklungen sind nicht unbedingt massgebend für künftige Ergebnisse. Die Weiterverwendung des Berichts sowie damit verbundene Erkenntnisse dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung von Portas Capital geschehen. Die Publikation des Newsletters oder Teile davon dürfen nicht in öffentlich zugänglichen Medien erscheinen.